

go Maggiore residierende Alleinerbe braucht das Geld dringend.

Der Vater hat ihm einige Finanzprobleme hinterlassen. Rund 250 Millionen Mark an Erbschaftsteuer sind fällig. In etwa gleicher Höhe will Rolf Gerling Kredite vorwiegend bei der DG Bank tilgen.

Der Senior brauchte 1986 eine Menge Geld, um die Mehrheit an seinem Konzern zurückzukaufen. Die hatte er veräußert, um zu verhindern, daß die Versicherung in den Sog der Herstatt-Pleite geriet.

Ohne Partner hätte Rolf Gerling den Konzern schwerlich über die nächsten Jahre gebracht. Das Geschäftsjahr 1991, klagte Gerling-Vorstand Anton Weiler unlängst, sei in den Hauptsparten Industrie- und Rückversicherung „katastrophal“ verlaufen.

Die Rückversicherung erlitt vor allem in den USA durch Orkan- und Feuerschäden hohe Einbußen. Der harte Wettbewerb hat in der Industrierversicherung für einen starken Prämienverfall gesorgt.

Im profitablen Privatkundengeschäft mit Hausrat-, Lebens- und Autoversicherungen ist Gerling dagegen schwach vertreten. Die Deutsche Bank soll Gerling hier zu mehr Kunden verhelfen.

Ohne die Deutsche Bank würde Gerling auch den Ansturm der europäischen Konkurrenz schwer verkraften können. Den Ausländern ist bislang der deutsche Markt praktisch verwehrt. Mit Einführung des Binnenmarktes im kommenden Jahr aber dürfen auch sie von ihrer Zentrale aus in Deutschland auf Kundenzug gehen.

Gerling hat im Vergleich zu den großen europäischen Konkurrenten nicht nur eine viel kleinere Angebotspalette. Der Kölner Konzern ist durch gravierende Organisationsprobleme auch viel behäbiger als die Mitbewerber.

Unternehmensberater Roland Berger entdeckte denn auch eine Reihe von Schwachstellen. In der aufgeblähten Konzernverwaltung und in den Niederlassungen gibt es viele Doppelbesetzungen. Etliche Abteilungen und Vertriebsstützpunkte sind überflüssig.

Nun soll der Konzern stark gestrafft werden. Die Deutsche Bank wird zudem, so ist es verabredet, Kapital einbringen, um das Unternehmen zu stärken.

Die beiden Partner haben sich noch etwas ausgedacht, um den Anschluß an das übermächtige Duo Allianz und Dresdner Bank zu halten. Sie wollen einen Dritten in ihren Bund aufnehmen – die schwerreiche Metro-Gruppe.

Der Handelsriese soll mit etwa zehn Prozent an Gerling beteiligt werden. Die Warenhäuser von Kaufhof und Asko, die Metro-Märkte und der Ver-



Versand von Kjellberg-Geräten: Versuch, die lästige Konkurrenz zu stoppen

sandhandel bieten sich als Vertriebswege für Versicherungspolice geradezu an.

Metro-Chef Erwin Conradi müßte dann aber ein Aufsichtsrats-Mandat niederlegen, auf das er besonders stolz ist. Er sitzt im Kontrollrat der Allianz AG.

Wettbewerb

Rache der Schweden

Eine Brandenburger Firma muß ihre Produkte auf Druck der Konkurrenz mit dem Kürzel DDR versehen.

Die Werk tätigen der Firma Kjellberg in Finsterwalde haben eine Menge zu tun. Aber sie machen ihre Arbeit nur widerwillig.

Jede Maschine und jeden Karton müssen sie mit dem Signet DDR versehen. Viele tausendmal haben sie das verhaßte Kürzel bereits aufgestempelt, geklebt oder gedruckt.

Die Posse beim brandenburgischen Elektroden- und Schweißmaschinen-Hersteller Kjellberg ist der bisherige Höhepunkt eines bizarren Streits. Die schwedische Maschinenfabrik Esab, bis 1986 Mutterfirma des DDR-Betriebs, setzt die Finsterwalder Firma mächtig unter Druck.

Die Schweden beharren darauf, daß ein 1969 geschlossenes Abkommen eingehalten wird. Darin verpflichten sich die Brandenburger, den Namen Kjellberg „stets direkt verbunden“ mit „der



Aufgezwungenes Kürzel „Sympathie bei unserer Kundschaft“

Andeutung DDR (ev. voll ausgeschrieben)“ zu benutzen.

Den Einwand, die DDR sei in der Bundesrepublik aufgegangen, mochten die Schweden nicht akzeptieren. „Der Zusammenschluß der beiden Teilstaaten Deutschlands bei gleichzeitigem Untergang der ehemaligen DDR als Völkerrechtssubjekt“, so die Anwälte der Esab, habe keinen Einfluß auf die alten vertraglichen Regelungen.

Die Finsterwalder sehen in den juristischen Winkelzügen einen Racheakt der Schweden. Die Esab bemühte sich von Januar 1990 bis zum Frühjahr 1991 halbherzig um eine Kjellberg-Übernahme, nun will sie, vermuten die Arbeiter, den unliebsamen Konkurrenten ausschalten. Die drei Buchstaben sollen den Mitbewerber in Verruf bringen.

Die Firma hat durch ihre Lichtbogenschweißtechnik weltweit einen guten Ruf. Und sie verfügt über eine Reihe einmaliger Patente. Ihre Stabelektroden, Schweißautomaten und Plasmaschneider verkauft sie seit Jahren schon erfolgreich auf dem Weltmarkt.

Den Erfolg der Firma konnte bislang auch ihre komplizierte Rechtslage nicht bremsen. Die Tochterfirma eines schwedischen Konzerns wurde weder von den Russen noch von der DDR-Regierung enteignet, was zu dem eigenartigen Namen „Kjellberg Elektroden & Maschinen GmbH i.V. (in Verwaltung)“ führte. Erst 1986 kaufte die DDR-Regierung den Betrieb. Am Tag der Einheit kam die Firma in den Besitz des deutschen Finanzministers.

Erster Kaufinteressent war die Esab. Sie bot eine Kooperation mit dem Ziel einer späteren Übernahme an.

Die Schweden hatten allerdings, wie viele West-Konzerne, eine etwas eigenwillige Auffassung von Kooperation. Zuerst griffen sie sich die Kundenkartei,

dann reduzierten sie das Produktspektrum des Betriebs auf die Güter, die im eigenen Sortiment noch fehlten. Geld steckten sie nicht in das Unternehmen.

Als die Geschäftsführer und die Treuhand-Direktoren 1991 drängten, die Firma endlich zu kaufen, winkten die Schweden ab.

Es fiel nicht schwer, für das moderne und erfolgreiche Werk einen anderen Käufer zu finden. Im Mai 1991 griff der Belgier Antoon De Pape zu.

Seither versuchen die Schweden, die längstige Konkurrenz juristisch zu stopfen. Sie wollen den Brandenburgern den Gebrauch des traditionellen Markennamens Kjellberg untersagen – obwohl die Esab selbst ihn gar nicht verwendet.

Bis die Juristen geklärt haben, ob mit der Vermögensübertragung 1986 auf die DDR nicht auch das Recht am Namen von den Schweden an die Finsterwalder überging, will das Kjellberg-Management vorsichtshalber der Esab-Forderung nachkommen. Geschäftsführer Erich Wilde fürchtet androhte Schadensersatzforderungen.

Die Verkaufs- und Werbeabteilung von Kjellberg hat sich mit dem Zusatz DDR inzwischen angefreundet. „Wir haben enorm viel Sympathie bei unserer Kundschaft gewonnen“, sagt Verkaufsleiter Hugo Simler, „seit wir denen die ganze Geschichte erzählt haben.“

Und noch ein Vorteil, so Simler, zeichne sich ab: „Mit dem Logo werden unsere Produkte garantiert unverwechselbar.“

Auf ein Sparbuch

wollen die meisten Deutschen nicht verzichten. Das hat Tradition, ist einfach und ordentlich. Kein Durcheinander mit Zinsen und Zetteln, Kursen und Konten.

Länger als ein halbes Jahrhundert ist dieses Buch der Bücher schon auf dem Markt, Auflage: 110 Millionen. Doch nun will es die Bundesregierung einfach abschaffen.

Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften im sogenannten Kreditwesengesetz sollen wegfallen. Der Sparer, haben die Regierenden erkannt, sei heute „mit einer ganzen Reihe von Sparformen gut vertraut“, brauche also ihren Schutz nicht mehr.

Zum Glück haben die Sparer eine mächtige Lobby, die sie vor soviel Libertinage schützt. „Es ist kein überzeugender Grund erkennbar, diese seit über 50 Jahren bewährten Bestimmungen aus dem Gesetz und damit aus der parlamentarischen Kontrolle zu nehmen“, meint der Deutsche Sparkassen- und Giroverband.

Ganz richtig, parlamentarische Kontrolle. Mit anderen Worten: Die Regierung darf die Oma mit ihren Spargroschen nicht ungeschützt den Banken und Sparkassen überlassen.

Der Schutz des Gesetzgebers hat dem Sparer bisher allerdings nicht viel gebracht, im Gegenteil: Die kleinen Sparer wurden schamlos ausgenommen.

Nicht einmal drei Prozent Zinsen bieten Banken und Sparkassen im Durchschnitt auf ein Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Wer zu Jahresbeginn 100 Mark angelegt hat, bekommt nach zwölf Monaten bei der gegenwärtigen Inflationsrate nur einen realen Gegenwert von 99 Mark.

Die Banken und Sparkassen machen mit dem billigen Geld ihrer bescheidenen Kleinsparer schöne Gewinne. Wer einen Kredit von ihnen haben will, zahlt mindestens das Dreifache. Und wenn die Zinsen steigen, wie jetzt nach der Diskonterhöhung, dann zunächst die für Kredite, etwas später, vielleicht, auch die für Spareinlagen.

Kritik an solcher Räuberei hat das Geldgewerbe immer weggesteckt. Geändert hat sich nie etwas. Kein Wunder: Hätte die Deutsche Bank etwa ihren Sparbuch-Kunden im vergangenen Jahr einen ordentlichen Zins gezahlt, zum Beispiel fünf Prozent, hätte sie ihnen statt 570 Millionen Mark über eine Milliarde überweisen müssen.

Die Differenz macht ein Drittel des Jahresüberschusses aus, vielleicht hätten die Aktionäre dann auf einen Teil der Dividende verzichten müssen. Doch das war nicht nötig, weil die deutschen Sparer so bescheiden sind.

Das hat sich in den vergangenen Jahren etwas geändert. Immer mehr Sparer legen ihr Geld in hochverzinslichen Papieren, zum Beispiel in Bundes-schatzbriefen, an. Noch immer aber liegen rund 680 Milliarden Mark, ein Viertel des Geldvermögens der Deutschen, auf Sparbüchern; der größte Teil davon bei Volksbanken und Sparkassen.

Und diese schöne Tradition soll jetzt – wie die Mark – dem vereinten Europa geopfert werden? Keine Angst, die Regierung mag beschließen, was sie will – das Sparbuch bleibt.

Das versichert die deutsche Kreditwirtschaft, die sich schon heftig Gedanken macht, wie das, was bisher gesetzlich geregelt war, künftig anderweitig festgeschrieben werden kann. Sie wird ihr schönstes und einfachstes Geschäft retten. Zum Wohle der Sparer natürlich.

Geldvermögen
Ende 1991:
2762,8
Milliarden
Mark

SCHLECHT ANGELEGT

Die Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte* in Prozent (alte Bundesländer); Stand Ende 1991

*ohne Pensionsfonds und sonstige Forderungen



DER SPIEGEL

QUELLE: VERBAND
DER LEBENSVERSICHERER